

Nach der Wahl ist vor den Protesten

Mit 25,7 % ist „Die Linke“ in Berlin bei den Wahlen stärkste Partei geworden. Bei den jüngeren Wähler:innen waren es sogar 46 %. CDU und SPD haben heftig verloren, die FDP läuft unter „Sonstiges“ – das haben sie sich alle verdient. Die Linke hat Wahlkampf mit sozialen Themen wie zu hohe Mieten, zu niedrige Renten und Solidarität gemacht. Das ist nichts besonders „Extremes“, aber das war eine der wenigen Stimmen gegen den Rechtsruck und gegen die Kahlschlagspolitik der Merz-Regierung. Dass die CDU dafür in Mecklenburg-Vorpommern sogar aus dem Landtag geflogen ist, kann nur Freude bereiten.

Die Berliner Jugend – das ist die Generation Klimakrise, Wehrpflicht und Palästina – ist links. Bei drei bundesweiten Schulstreiks gegen die Wehrpflicht haben die Jugendlichen ihre Ablehnung gegen die Militarisierung gezeigt. Wir werden sie diesen **Freitag, 25. September (Leopoldplatz, 11:30 Uhr)** beim nächsten Schulstreik gegen Wehrpflicht wiedersehen.

Seit dem Wahlabend zieht seitens der Medien und Spitzenpolitiker:innen anderer Parteien eine Hetzkampagne über die Linkspartei her, die u.a. dazu führt, dass kaum noch über die sozialen Forderungen, den Rechtsruck und Deutschlands Unterstützung des Genozids gegen die Palästinenser:innen gesprochen wird. Beim Volksentscheid „Deutschen Wohnen & Co. enteignen“ 2021 hatten mehr als eine Million Berliner:innen für die Enteignung der großen Wohnungskonzerne gestimmt. Auch dieses Thema soll wieder verschwinden. Jede Hoffnung, eine andere Stimme, eine solidarische kämpferische Stimme der Arbeitenden und der Jugend hörbar zu machen und dafür, das Kettensägenprogramm der Regierung zu stoppen, soll erstickt werden.

Wo wirklich die Kriminellen ein und ausgehen, das ist bei CDU, SPD und AfD. Sie alle haben eine ganze Bande an Straftäter:innen, Rassist:innen und Antisemit:innen in ihren Reihen, die offen freundschaftliche Kontakte zu Diktatoren, Kriegsverbrechern und Konzernen pflegen, die für all die Krisen, verantwortlich sind. Von dort droht uns, der Arbeiter:innenklasse, die große Gefahr.

Ein linker Wahlsieg ist kein Grund uns auszuruhen
Bundeskanzler Merz hat uns gleich am Sonntagabend erklärt, dass die „Reformen“ nötig seien und – egal was wir wählen – durchgesetzt werden. Das ist eine Drohung an die ganze Arbeiter:innenklasse. Eine Bedrohung sind auch die Siege der AfD: Bei der Wahl in Sachsen-Anhalt vor zwei Wochen bekam sie 44 %, in Berlin waren es letzten Sonntag 16,3 %. Und bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern wurde die AfD wieder stärkste Partei mit 38,2 %. Die AfD übertrumpft

die CDU mit rassistischer Hetze, doch beide sind Parteien des Kapitals und Handeln nicht im Interesse der Arbeiter:innen. Wer die AfD wählt, sägt an dem Ast, auf dem er sitzt.

30 Jahre unsoziale Politik von CDU-SPD-Grüne haben der AfD zu 40% verholfen

Womit wir alle konfrontiert sind, sind die massenhaften Entlassungen und der Stellenabbau, Kürzungen bei Gesundheit, Rente, Bildung und Soziales. Die Arbeitsrechte und der Umweltschutz sollen reduziert werden.

Die deutschen Konzerne drängen darauf seit langem. Sie wollen die Ausbeutung verschärfen, sie wollen, dass der Staat ihre Investitionen bezahlt und massiv aufgerüstet wird. Sie wollen ihre Profite weiter erhöhen und ihre vordersten Plätze auf dem Weltmarkt halten. Die Vertreter:innen der Wirtschaft und der Großaktionäre stehen hinter Merz und stärken ihm den Rücken. Das sind unsere wahren Gegner:innen. Die können wir nicht in den Parlamenten bezwingen.

Alle auf die Straße am Samstag, 26. September!

Es gibt jede Menge Wut. Da sind die Beschäftigten der Autoindustrie, die diese Woche Montag erneut bei Audi, VW, Mercedes und den Autozulieferbetrieben zu zehntausenden protestiert haben. Die Aktivist:innen untern ihnen fordern einen härteren Kampf gegen die Angriffe der Bosse und der Regierung und ein Ende der „Sozialpartnerschaft“ von Seiten der Gewerkschaften. Immer wieder hört man: „Ohne Streik wird sich nichts ändern“. Es gibt die Krankenhausbewegung in Berlin, die Hafenarbeiter:innen in Hamburg, die Beschäftigten im Handel, die weiterhin an Streiktagen ihre Forderungen bekräftigen. Und es gibt am **Samstag, 26. September, in 15 Städten in der ganzen Bundesrepublik Demonstrationen gegen den sozialen Kahlschlag**. Organisieren wir uns für diesen Aktionstag und darüber hinaus. Wir sind diejenigen, die am besten unsere Interessen vertreten können. Wir sind auch die einzigen, die das können!

Von Kolleg:innen für Kolleg:innen...

Was für eine Antwort!

Die letzten beiden Streiktage mit Streik-Uni und einer lauten, kämpferischen Demonstration war genau die richtige Antwort: Auf die Anordnung des Gerichtes einer Notdienstverordnung, die unseren Streik unwirksam werden lassen soll. Als auch auf die Charité, die das Gericht angerufen und die Notdienstbesetzung diktiert hat. Für die Anwaltskanzlei ist scheinbar immer genügend Geld da. Mit unserem Streik haben wir ein Zeichen gesetzt. Mit uns gibt es kein Zurück zu den Arbeitsbedingungen vor dem Tarifvertrag Entlastung von 2021.

Man Charité,

da habt ihr vor Gericht ja was erreicht. Wir sind in manchen Bereichen ja fast schon versucht, die Notdienstverordnung als Regelbesetzung zu fordern. Und wir haben gelernt, zu Weihnachten, Jahreswechsel oder zu manch Ärzt:innen-Kongress ist die Berliner Bevölkerung gesünder als zu Zeiten des Streiks. Da sind Bettenreduktionen durchaus möglich.

CFM gegen Streikrecht

An der CFM haben wir einen Tarifvertrag durchgesetzt, der uns schrittweise an das Lohnniveau des TVÖD heranführt. Doch die CFM will verhindern, dass wir 2027 gemeinsam mit den Charité-Kolleg:innen für einen besseren TVÖD kämpfen. Und na klar, sie hat das Gericht angerufen. Eine geeinte Belegschaft macht ihnen einfach Angst. Genau darum lassen wir uns auch nicht einschüchtern und nicht spalten. Egal, wie das Gericht im Herbst entscheiden wird.

Der Normalzustand gefährdet die Patient:innen

Wir streiken für den Tarifvertrag Entlastung. Aber nicht nur für den bei uns. Denn weitere Kliniken haben bereits die Kündigung der Entlastungstarifverträge im Schubfach. Die Kolleg:innen dort unterstützen unseren Streik, dieser eröffnet den Kampf gegen ein Zurück zu unhaltbarem Pflegemangel. Erfolgreich werden wir sein, wenn wir jetzt eine Bewegung in den Kliniken landesweit auslösen. Dazu lasst uns alle Kolleg:innen auffordern. Lassen wir die Telefondrähte glühen. Nutzen wir auch die **Demonstration gegen Sozialabbau am 26.09. ab 12.00 Uhr, IG Metall Haus, Alte Jakobstraße.**

Wessen Verantwortung?

Es ist schon übel, was die Charité an Argumenten gegen unsere Forderungen nach einem wirksamen Entlastungstarifvertrag vorbringt. Nicht jammern, Gewalt am Arbeitsplatz sei einfach Berufsrisiko, wir würden mit unseren Forderungen einen Personalabbau provozieren. Wir sollen verantwortungsvoll sein. All ihren Argumenten liegen immer Zahlenspielerien zu Grunde. Das Management ist nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen. Kein Einfordern einer ausreichenden Finanzierung der Klinikversorgung ist von ihr zu hören. Nur ihr jammern, dass der Gesetzgeber es so wolle. Rückgrat gegen die neoliberale Gesundheitspolitik sieht nun wirklich anders aus.

Das wissen die Chefs doch selbst

Die Charité will unser Verständnis. Mehr Personal habe zu weniger Belastung geführt. Genau deshalb sind unsere Belastungspunkte an die Einhaltung der vereinbarten Ratios gekoppelt. Mit mehr Personal werden also die Chefs weniger. Doch wenn ein Chef nicht mehr Wert ist? Was wird wohl passieren? Genau. Wieder unterbesetzt

arbeiten. Ist ja dann so billig, dass es sich für die Charité lohnt, unterhalb des Tarifvertrages die Schichten zu besetzen.

Achtung, Spalter am Werk

Die Charité sagt, unsere Forderungen wären nicht bezahlbar. Es müsse Personal anderer Berufsgruppen abgebaut werden. Was für eine Frechheit und Irreführung. Als hätte die Charité nicht schon vor vielen Jahren massiv Personal abgebaut und outgesourced (Hallo CFM). Wir sagen in unseren Forderungen, was wir für eine gute Versorgung benötigen. Dafür sind wir Expert:innen. Die Frage der Finanzierung stellt sich nicht bei unserer Gehaltsstufe. Dafür werden ganz andere Gehälter gezahlt. Aber Ideen hätten wir trotzdem: Alle zahlen in die GKV, Pharmagewinne werden besteuert, keine Renditen ausgeschüttet, ...

Wovon wir reden?

Eines der neuen und wichtigen Krebsmedikamente wird derzeit in Deutschland für über 2000 € je 100 mg verkauft. Eine Recherche hat ergeben, dass der Preis eigentlich nur bei 40 € liegen sollte. Wohl gemerkt inklusive der Forschungs- und Entwicklungskosten sowie einer Rendite von 8%.

Kampagne

Extra Intranetseite, Videos, vorgefertigte Erklärungen werden veröffentlicht, kaum dass der jeweilige Verhandlungstermin vorbei ist. Die Charité hat sich vorbereitet. Will uns klein halten und einschüchtern. Auch die Dienstversammlungen gehören zum Konzept. Zeichen von Augenhöhe? Ne, wahrlich nicht. Eher Propaganda, begleitet von Verboten miteinander, mit Ärzt:innen oder anderen Berufsgruppen zu reden.

UHW Berlin

Ausgesprochen Union Hilfswerk. Heißt nicht nur so, sondern ist tatsächlich eine Firma im Sozialbereich unter starkem Einfluss der CDU. Die Kolleg:innen berichteten auf unserer Demonstration. Sie wollen einen Gehaltstarifvertrag durchsetzen. Die Geschäftsführung will dies unbedingt verhindern. Sie klagte ... erfolglos. Und versucht nun, die Kolleg:innen einzuschüchtern und geht mit Union-Busting-Methoden gegen ihre Beschäftigten vor. Dazu heuerte sie eine entsprechend ausgerichtete Anwaltskanzlei an.

Das ist auch unser Kampf. Genauso wie all unsere Kolleg:innen in den anderen Kliniken sind sie betroffen von der neoliberalen Gesundheitspolitik. Lasst sie uns aufsuchen und einladen, zu unseren Streiks, zu gemeinsamen Demonstrationen. Lasst uns Unruhe verbreiten, dass die Manager:innen aller Kliniken aus Angst vor unserer Solidarität das Zittern bekommen.

Streik, Demo, Organisieren!

Trotz Ohrfeigen bei den letzten Wahlen in Meck-Pomm und Berlin will CDU-Merz an seinen krassen Sparplänen festhalten. Die Abschaffung der PPR und weitere Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen stehen auf der Tagesordnung. Und nicht nur wir sind betroffen: so sind immense Kürzungen in Bildung und in der Sozialen Arbeit geplant. Wir wollen uns bereichsübergreifend am **Freitag, den 25.09., 18.30 Uhr, Rotes Antiquariat (Rungestr. 20)** treffen, austauschen und aktiv werden!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - Insta: gruppe_vitaminc - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin